

6. VII. 1916

**Der wirtschaftliche Beirat für Volksspeisung,** der gestern im Berliner Rathaus unter Vorsitz des Oberbürgermeisters Wermuth tagte, nahm die Berichte seiner Kommissionen entgegen, die bereits lebhaft an der Arbeit sind. Bei der darauf folgenden Beratung wurde der Grundsatz endgültig festgestellt, daß die Volksspeisung allen Schichten der Bevölkerung gleichmäßig zugänglich sein und nicht den Charakter einer Unterstützung, sondern den einer Lieferung gegen Entgelt, und zwar gegen die Selbstkosten der Stadt, tragen soll. Die Ausgabe der Speisen soll gegen Wochenkarten erfolgen, d. h. für sechs Tage auf einmal; auf Wunsch erhält man jedoch auch am Sonntag Speisen.

Das Verhältnis der Naturspeisung zu bereits bestehenden städtischen Lebensmittelverteilungen wurde eingehend erörtert. Man gelangte zu dem Ergebnis, daß gegen eine nahrhafte Mittagspeise wöchentlich  $\frac{1}{2}$  von der Fleischkarte und eben soviel von der Kartoffelkarte abgegeben werden, dagegen die Brotkarte, die Butterkarte und die Zuckerkarte den Haushaltungen für ihre sonstigen Mahlzeiten ungeschmälert verbleiben sollen. Die Kommission für die Beschaffung und Ausrüstung der erforderlichen Räumlichkeiten hat ihren Plan nahezu fertiggestellt und ist in seiner Ausführung begriffen.